



Meldungen

Mehr Rettungsschwimmer ausgebildet

(BS) Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) hat im vergangenen Jahr mehr Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer ausgebildet als in den vorangegangenen Jahren. Beim Silber-Abzeichen zählte die DLRG 45.525 erfolgreiche Prüfungen (2022: 43.304). Damit erwarben so viele Menschen die für die Badeaufsicht erforderliche Qualifikation wie seit zehn Jahren nicht, heißt es von der Gesellschaft. „Es ist ein tolles Zeichen, dass so viele Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmer Einsatz zeigen. Wir wollen keinen Strand unbe wacht lassen. Daher möchten wir noch mehr Menschen ermutigen, sich zu qualifizieren und sich mit uns ehrenamtlich für die Gesellschaft zu engagieren“, sagte DLRG-Präsidentin Ute Vogt. Damit konnte an dem Trend des vergangenen Jahres angeknüpft werden.

Zwischenbilanz zum Weihnachtshochwasser

(BS) Das Innenministerium in Hannover hat eine vorläufige Schadenssumme zu dem Hochwasser 2023/2024 in Niedersachsen bekanntgegeben. Es wurden bis Anfang April 2024 Schäden mit einer Gesamtsumme in Höhe von mehr als 161,5 Millionen Euro gemeldet.

Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) erklärte dazu: „Neben der Behebung der Schäden brauchen wir vor diesem Hintergrund auch zwingend weitere Investitionen in den Katastrophenschutz, der in dieser Krise seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat.“

Gemeinsame Feuerwehrvertretung bei der EU

(BS) Eine gemeinsame Vertretung der europäischen Feuerwehren in Brüssel unter dem Dach des Weltfeuerwehrverbandes CTIF – dies ist das erklärte Ziel. Auf dem 1. Europäischen Feuerwehrgipfel in Paris fassten die Vertreter von 18 europäischen Feuerwehrverbänden diesen Beschluss.

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbands (DFV), Karl-Heinz Banse, sprach von einem historischen Tag für die Feuerwehrverbände in Europa. Noch nie seit Gründung des Weltfeuerwehrverbandes CTIF hätte es einen solchen Schulterschluss zwischen den Repräsentanten von mehr als 2,7 Millionen Feuerwehrangehörigen gegeben. Zum Beschluss erklärte Banse: „Gemeinsam wollen wir dort, im politischen Zentrum der Europäischen Union, einen Bund der Feuerwehrverbände etablieren, um unsere Interessen zusammen besser zu vertreten. Die Einsatzkräfte, die Feuerwehrangehörigen, sie sind unsere oberste Priorität – hier spielen keine staatlichen Interessen eine Rolle.“

Der Gipfel wurde vom DFV und dem französischen Feuerwehrverband „Fédération Nationale des Sapeurs-Pompiers de France“ (FNSPF) initiiert und organisiert. Es nahmen Vertreter aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Kroatien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern teil.

Katastrophen machen kein Halt vor Grenzen

„Klimawandel und Kriege stellen eine nie dagewesene Bedrohung für die Gesellschaft dar. Vegetationsbrände und Überschwemmungen als flächendeckende Einsatzlagen, gewalttätige Konflikte, in denen



DFV-Präsident Karl-Heinz Banse und sein französischer Kollege, FNSPF-Präsident Jean-Paul Bosland (links), auf dem 1. Europäischen Feuerwehrgipfel.

Foto: BS/DFV

Einsatzkräfte zu Opfern werden: Die Feuerwehren müssen sich diesen Herausforderungen stellen. Die Einsätze machen nicht vor Landesgrenzen Halt“, so Banse zum gemeinsamen Abschlussdokument des Gipfels. Dort heißt es: „Die Brandbekämpfung und der Katastrophenschutz in der Europäischen Union sind ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitspolitik der EU. Bei ihrem Treffen in Paris bekräftigen die repräsentativen Organisationen der Feuerwehren der EU-Mitgliedstaaten ihr außergewöhnliches Engagement und ihre Entschlossenheit, den Katastrophenschutz zu stärken.“

Es wurde vereinbart, auf dem nächsten Treffen im Oktober in Brüssel ein fest besetztes Büro bei der EU zu konkretisieren. Damit sollen die Feuerwehren als „Bestandteil der Sicherheitsarchitektur im nationalen und europaweiten Kontext in der Europäischen Union adäquat“ vertreten werden.

RIP: Mehr Kräfte und Neuausrichtung

(BS) Die Zahl der ehrenamtlichen Feuerwehrleute ist in Rheinland-Pfalz gestiegen. Dies hat der rheinland-pfälzische Innenminister Michael Ebling (SPD) bekanntgegeben. Die Zahl der Kräfte ist von 51.000 aus dem Jahr 2017 auf nun jetzt 54.500 Feuerwehrleute gestiegen.

Ebling betonte bei der Vorstellung der Zahlen, dass dies ein Zeugnis der guten Arbeit der Wehrführerinnen und Wehrführer vor Ort sei. Besonders erfreulich sei auch, dass sich die Zahl der weiblichen Ehrenamtlichen bei der Feuerwehr von 2.900 in den letzten Jahren auf nun 5.300 fast verdoppelt habe. Die intensiven Bestrebungen, vor allem des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, sich bereiter aufzustellen, zeige Wirkung, so der SPD-Politiker.

„Ich bin froh, dass wir festhalten können: Die Bereitschaft, sich für ein Ehrenamt im Bereich Feuerwehr zu engagieren, steigt in Rheinland-Pfalz. Das ist ein Trend, der mich außerordentlich freut“, so Ebling. Er kündigte zudem an, eine Ehrenamtsstudie durchführen zu wollen, um die momentane Situation des Ehrenamts beleuchten und verbessern zu können. Die Vorbereitungen dazu seien schon im vergangenen Jahr begonnen worden, sodass Anfang April ein Zuschlag dafür erteilt werden konnte.

Neuaufstellung nimmt Form an

Neben dem Zuwachs an Kräften wird auch der Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz neu aufgestellt. Der Ministerrat hat dem Beschlussvorschlag von Ebling zugestimmt,



In Rheinland-Pfalz wird der Katastrophenschutz neu ausgerichtet.

Foto: BS/Biskup-Klawon

das neue Landesgesetz zur Errichtung des Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz auf den Weg zu bringen.

„Das neue Landesgesetz zur Errichtung des Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz markiert einen Meilenstein in der Geschichte des Katastrophenschutzes in Rheinland-Pfalz“, betonte der Innenminister. „Die Zustimmung zum Landesgesetz ist ein klares Signal dafür, dass wir den Katastrophenschutz als gesamtstaatliche Aufgabe begreifen und ihn auf allen Ebenen leistungsfähig aufstellen wollen.“

Mit dem Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz wird eine zentrale Behörde im Bevölkerungsschutz errichtet. Dort sollen künftig sämtliche Maßnahmen zur Bewältigung von Großschadenslagen und Katastrophenfällen im Land koordiniert werden. Neben der Einrichtung des Landesamtes sollen für die Neuausrichtung die landeseigenen sowie die kommunalen Strukturen des dortigen Katastrophenschutzes gestärkt werden.

NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

15. April:

- Sachsen: Personalaufbau empfohlen
- RLP: E-Streifenwagen vorgestellt

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik.“](#)

16. April:

- Zusammenarbeit im Indo-Pazifik
- Neuer Piranha

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

17. April:

- Rechtsverstöße im Internet steigen
- Bonn soll als Standort für Cyber-Sicherheit gestärkt werden

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Nebenbei Gesund

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“ vom](#)

16. April:

- Cybernation Deutschland

[Podcast „Public Sector Insider Stich-](#)

wort“ vom 7. Februar:

- Klimaneutral digital

FUTURE  PUBLIC

Der Newsletter mit Zukunft.

 SUBSCRIBE

Europaweites Training

(BS) Der europäische Katastrophenschutz rückt immer mehr in den Vordergrund, da es häufiger zu Katastrophenlagen kommt, die die Kapazitäten eines Landes überschreiten. Umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit in solchen Fällen über die Grenzen hinaus zu stärken. Dabei spielt das Technische Hilfswerk (THW) eine wichtige Rolle. Scarlett Lüsser spricht mit Achim Octavian Popa, dem Leiter des TVC-Projekts, über die europaweiten Trainingsprogramme des Katastrophenschutzes.

Behörden Spiegel: *Wie kommt es denn dazu, dass Ausbildungszyklen im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzes regelmäßig vom THW in Deutschland geplant bzw. ausgerichtet werden?*

Achim Octavian Popa: Das THW ist schon seit über 20 Jahren mit der Durchführung von EU-Lehrgängen beschäftigt. Wir haben 2002 damit angefangen und jedes Jahr einen Teil der Kurse hier abgehalten. Das ist ein System, das auf EU-Ebene per Ausschreibung funktioniert. Das Ausbildungszentrum in Neuhausen bewirbt sich jedes Mal, um diese Kurse oder einen Teil der Kurse durchführen zu können. D. h., wir haben eine lange Geschichte in diesem Bereich. Wir sind im Rahmen der Ausbildung im THW auch der zentrale Punkt für die Auslandsausbildung und die internationale Ausbildung. Daher ist dieses Ausbildungszentrum sehr gut mit anderen Partnern aus dem EU-Katastrophenschutzmechanismus und anderen Ländern weltweit vernetzt.

Aktuell läuft der 19. Ausbildungszyklus und die Ausschreibungssituation für diesen Zyklus war eine besondere, denn das ist die erste Ausschreibung, bei der der gesamte Ausbildungsweg – also sieben Kurse und ein dezidiertes Onlinekurs – in einer Ausschreibung vergeben wurden. Wir haben uns 2022 dafür beworben und die Ausschreibung gewonnen und führen diesen Zyklus gerade zusammen mit einem Konsortium von 18 Organisationen aus 13 verschiedenen Ländern der EU durch. Das ist eine riesige Herausforderung, weil 18 Organisationen bedeuten 18 verschiedene



Achim Octavian Popa leitet die europaweiten Trainingsprogramme des THW.

Foto: BS/privat

Partner mit gleichen Rechten, genau wie im Rahmen der EU. Aber durch die sehr gute Auswahl der Partner und Expertinnen und Experten, die wir aus ganz Europa in diesem Projekt haben, haben wir es geschafft, den Trainingszyklus zu starten und gut durchzuführen.

Das THW war und ist immer noch eine der wegweisenden Organisationen in der EU. Wir haben die spezielle Situation, dass unser ganzes Katastrophenschutzsystem eigentlich auf die Hilfe von Ehrenamtlichen angewiesen ist. Wir haben 88.000 Menschen, die ehrenamtlich dabei und einsatzfähig sind. Von diesen Ehrenamtlichen haben wir viele Kolleginnen und Kollegen, die jederzeit im Ausland agieren können und die dafür trainiert sind. Diese ganze Ausbildung für Auslandseinsätze findet hier im Ausbildungszentrum Neuhausen statt.

Behörden Spiegel: *Können Sie beispielhaft beschreiben, wie ein solcher Trainingszyklus abläuft, von der Planung bis zur Ausrichtung und was wird z. B. in den Modulen vermittelt?*

Popa: Unser Ausbildungsweg ist ähnlich strukturiert wie die deutsche Schulausbildung. Wir fangen mit einem Einführungskurs in den Katastrophenschutzmechanismus der EU an. Danach kann man sich durch die verschiedenen Ausbildungsmodule, die eine Spezialisierung erlauben, bis zum

Teamleader ausbilden lassen. Die Menschen, die diesen Kurs absolvieren, können für die EU als Teamleiter im Falle von Katastrophen oder anderen großen Notfällen ausgesendet werden. Das bedeutet nicht nur, dass die Ausbildungsmodule sehr gut ausgestaltet werden müssen, damit die verschiedenen Spezialisierungen auch angesprochen werden, es bedeutet auch, dass diese ganzen Absolvierenden in einen Pool der EU Kommission aufgenommen werden und dann im Notfall abrufbar sind. Darum heißt es auch „Deployable Training Path“ der EU.

Um ein paar Beispiele für Module zu nennen: Im Einführungskurs wird der rechtliche Rahmen behandelt, in welchem man einsatzbereit sein sollte. Dann geht es in Richtung Einsatz, bspw. mit dem Onlinekurs. Hier geht es um Sicherheit, damit alle sicher in den Einsatz gehen und zurückkommen können. Oder der Operation Course, da wird dann der Einsatz vor Ort dargestellt, wo man auch mit den Behörden vor Ort und mit anderen internationalen Akteuren agieren muss. Die Kurse sind so ausgelegt, dass die Teilnehmenden wirklich von morgens bis abends in einer Lernumgebung und in einem Szenario mit eingebaut sind, z. B. einer Simulationsübung.

Behörden Spiegel: *Gibt es im Rahmen dieser Trainingszyklen Großübungen?*

Popa: Großübungen gibt es auf EU-Ebene, aber im Rahmen des Trainingszyklus kann es sowas nicht geben. Wir haben acht verschiedene Kurse, also insgesamt 29, die im Jahr in zwölf verschiedenen Ländern mit einer begrenzten Anzahl von Plätzen stattfinden. Die Teilnehmenden werden von den „National Trainer Coordinators“ in jedem Land vorgeschlagen und dann werden die ausgewählt, die die nötigen Voraussetzungen haben. Mit 20 Teilnehmenden kann man keine großen Übung ansetzen. Es gibt aber Großübungen, die im Rahmen der EU oder auch bilateral zwischen zwei Staaten stattfinden.

Fortsetzung auf Seite 4

Behörden Spiegel: *Wie gut ist der EU-Katastrophenschutz aufgestellt? Was würden sie sich für die Zukunft des Katastrophenschutzes und für das Training wünschen?*

Popa: Nach meiner Meinung sind die EU sowie die EU-Staaten für Katastrophenschutzfälle viel besser aufgestellt als noch vor einiger Zeit. 2019 hat die EU eigentlich den ganzen Katastrophenschutzmechanismus neu bearbeitet. Im Rahmen dieser neuen Konzeption hatten wir mit „rescEU“ ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Das wurde insbesondere wegen den großen Waldbränden in verschiedenen europäischen Staaten ins Leben gerufen. Das war aber nur der Anfang, danach hat man den rescEU-Mechanismus weiterentwickelt. Man hat den Mechanismus in Richtung medizinischer Hilfe ausgebaut, aber auch die Transport- und UnterkunftsKapazitäten, die Logistikmittel und Energieversorgungen. Zusätzlich ist es

auch auf chemisch, biologisch, radionukleare Gefahrenabwehr ausgeweitet worden. Das sind Entwicklungen, die zeigen, dass der Katastrophenschutz die neuen Gefährdungen wahrgenommen hat und sich da adaptiert.

Sicherlich haben wir seit 2022 auch eine komplett neue Perspektive in Richtung Zivilschutz entwickelt, auch da bessern die EU und Deutschland nach. Auch Ministerin Faeser hat schon vor Monaten das Thema Zivilschutz stärken ins Gespräch gebracht und da sind wir auf einem guten Weg. Wir müssen den Katastrophenschutz nicht als Sache eines einzigen Staates sehen, sondern im Rahmen der EU als eine Aufgabe, die wir zusammen anpacken müssen. Gleichzeitig müssen wir schauen, dass wir alle in die gleiche Richtung gut vorbereitet sind, um die Bürger zu schützen. Was ich mir wünschen würde? Dass wir im Rahmen des Ausbildungswegs, den wir beschritten

haben, auch die zivil-militärische Zusammenarbeit mehr beleuchten und besser trainieren. Im Rahmen des Zivilschutzes ist das ein wichtiges Thema. Wie kann ich mit anderen Behörden und Institutionen agieren, die militarisiert sind? Denn wir haben in Europa die Situation, dass auch z. B. Feuerwehren oder Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen teilweise militarisiert sind. Denn gerade internationale Einsätze, die die EU durchführt, können auch teilweise in Gegenden stattfinden, in denen kein Frieden herrscht. Da ist genau diese zivil-militärische Zusammenarbeit sehr wichtig. Und darum muss es eigentlich in den nächsten Jahren im Rahmen des Ausbildungswegs eingebunden werden. Das ist aktuell noch ein heißer Punkt, der aber in den nächsten Jahren vermutlich gänzlich anders angegangen und anders gedacht wird.

Mehr zu dem Thema hören Sie im aktuellen Podcast. Diesen finden Sie [hier](#).

Auf dem Prüfstein

CDU/CSU: Durchhaltefähigkeit stärken

(BS) Anlässlich der Europawahlen am 9. Juni haben wir Deutschlands Parteien gefragt, was sie auf EU-Ebene für den Katastrophenschutz erreichen wollen.

[Hier](#) finden Sie alle bisherigen Antworten der Parteien.

Behörden Spiegel: *Was wünschen Sie sich für den europäischen Katastrophenschutz in den nächsten vier Jahren?*

CDU/CSU-Sprecher: Gegenseitige Unterstützung und Lernen von den Erfahrungen anderer sind Grundpfeiler der Europäischen Union; das Potential der europäischen Zusammenarbeit im Katastrophenschutz kann noch wesentlich stärker genutzt werden. Das betrifft vor allem die praktische Umsetzung und Unterstützung der (ehrenamtlichen) Kräfte im Bereich Sprachkurse, gemeinsame Übungen und anschlussfähige Ausstattung. In Anbetracht der geopolitischen Herausforderungen muss der anstehende Reformprozess des Katastrophenschutzverfahrens darüber hinaus genutzt werden, zur gesell-

schaftlichen Resilienz der EU beitragen zu können und im Sinne der „preparedness union“ Verfahren und Abläufe zwischen unterschiedlichen Akteuren zu optimieren.

Behörden Spiegel: *Was möchte Ihre Partei an dem aktuellen Katastrophenschutzverfahren der Union ändern?*

CDU/CSU-Sprecher: Wir wollen eine Katastrophenschutzereinheit der Union in Verbindung mit einer strategischen Reserve an Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten, medizinischer Produkte und medizinischer Ausrüstung schaffen, um unsere Mitgliedsstaaten in Krisenzeiten zu unterstützen. Die Brände, die unsere Wälder zerstören und unsere Bürger bedrohen, werden immer heftiger. Wir wollen auch eine einsatzfähige europäische Feuerwehrtruppe schaffen, die schnell aktiviert werden kann, wenn ein Mitgliedstaat in Not ist. In Anbetracht einer immer komplexer werdenden Katastrophen- und Krisenlage spielt die materielle und personelle Durchhaltefähigkeit der eingesetzten Teams eine große Rolle.

Hier muss das aktuelle Verfahren entsprechend angepasst werden.

Gleichzeitig kann und muss sich die EU auch für weitere Szenarien, die sich aus der geopolitischen Lage ergeben, besser wappnen. Die Anforderungen gelten entsprechend für die bessere europäische Unterstützung und Koordinierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Behörden Spiegel: *Sollte sich Deutschland im europäischen Katastrophenschutz mehr engagieren?*

CDU/CSU-Sprecher: Deutschland liegt im Herzen der Europäischen Union, wir haben einen breiten und beeindruckenden Erfahrungsschatz im Katastrophenschutz. Gleichzeitig können wir von den Erfahrungen anderer Mitgliedsstaaten bei der Bewältigung von Katastrophen und Krisen lernen, um selbst besser vorbereitet zu sein. Eine stärkere Beteiligung liegt also im Eigeninteresse Deutschlands und kann gleichzeitig zur europäischen Solidarität beitragen.

rescEU: Energiehilfe für die Ukraine

(BS) Nach einer Reihe von gezielten Raketen- und Drohnenangriffen Russlands auf die ukrainische Energieinfrastruktur in den letzten Wochen hat die Stromversorgung der Ukraine erheblichen Schaden erlitten. Als Reaktion auf diese Krise hat die EU eine Energie-Nothilfe mobilisiert.

Als Reaktion auf das Hilfsersuchen der Ukraine haben Österreich, Deutschland, Schweden und die Niederlande im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens 157 Stromgeneratoren in verschiedenen Größen angeboten. Um die ukrainische Energieinfrastruktur weiter zu stärken, hat die EU außerdem 10 Großstromerzeuger aus ihren eigenen strategischen rescEU-Beständen im Wert von 3,57 Millionen EUR bereitgestellt. Jeder dieser leistungsstarken 1-MW-Generatoren hat die Kapazität, ein mittelgroßes Krankenhaus im Notfall mit Strom zu versorgen.

Der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar Janez Lenarčič sagte dazu: „Russlands Plan, die Ukraine in die Dunkelheit zu bomben, wird nicht gelingen. Die EU arbeitet rund um die Uhr daran, die Stromversorgung in der Ukraine aufrechtzuerhalten. Wir mobilisieren eine neue Ladung von

Generatoren aus unseren rescEU-Reserven für die Ukraine, die sich bereits bei der Deckung des dringenden Bedarfs in der vom Krieg zerrissenen Ukraine als äußerst hilfreich erwiesen haben. Dies unterstreicht, wie wichtig die Bereitschaft für eine effiziente Krisenreaktion ist. Ich danke auch Österreich, Deutschland, Schweden und den Niederlanden dafür, dass sie der Ukraine über das EU-Katastrophenschutzverfahren sofort Generatoren zur Verfügung gestellt haben.“



Das EU-Koordinationszentrum für Notfallmaßnahmen steht in engem Kontakt mit den ukrainischen Behörden vor Ort, um bei Bedarf weitere Hilfe zu leisten.

Foto: BS/Litgrid

Mehr EU-Flugzeuge

(BS) Die EU-Kommission finanziert mit 600 Millionen Euro die Stärkung der rescEU-Löschflugzeugflotte. Mit dem Geld sollen zwölf Löschflugzeuge gekauft werden, die dann in Kroatien, Frankreich, Italien, Griechenland, Portugal und Spanien stationiert werden. Die Flugzeuge sollen dann der strategischen Reserve des EU-Katastrophenschutzverfahrens zugutekommen.

Der für Krisenmanagement zuständige EU-Kommissar Janez Lenarčič erklärte in Zagreb dazu: „Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Anschaffung der Flugzeuge, die nicht nur in Kroatien und Griechenland, sondern in ganz Europa zum Schutz der Bürger beitragen werden. Die Flugzeuge werden zu 100 Prozent von der Europäischen Kommission finanziert und Teil unserer verstärkten EU-Feuerbekämpfungskapazität, die für die Bekämpfung der immer heftigeren Waldbrände in Europa bereit sein.“

Kontinuierliche Stärkung

Erst im vergangenen Jahr wurde die rescEU-Luftflotte verdoppelt. Zudem wurden auch in Niedersachsen zwei Löschflugzeuge samt Crew, bestehend aus vier Piloten und vier Mechanikern, im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzmechanismus rescEU stationiert. Bei dem Fluggerät handelte es sich um Flugzeuge des Typs AT 802. Das niedersächsische Innenministerium hat die Option, auch dieses Jahr die Stationierung fortzusetzen.



Die rescEU-Löschflugzeugflotte soll auch in diesem Jahr wachsen.

Foto: BS/Ronny, pixabay.com

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

Lernen in und aus der Dauerlage

WEB-KONFERENZ 10.–11. September

www.katastrophenschutzkongress.de

Behörden Spiegel



>> Jetzt kostenfrei anmelden!

Donnerstag, 25. April 2024

10:30–12:00 Uhr

Freiwilligendienste in Gefahr – Auswirkungen von Budgetkürzungen auf soziales Engagement

MODERATION

Scarlett Lüsser, Redakteurin, Behörden Spiegel

REFERENTEN

Angelika Schorer, Präsidentin, Bayrisches Rotes Kreuz
Albrecht Broemme, Vorstandsvorsitzender, Stiftung THW
Olivia Longin, Geschäftsführung, Freiwilligendienste in der Diözese Rottenburg-Stuttgart



Grafik © VectorMine, stock.adobe.com

Donnerstag, 20. Juni 2024

10:30–13:45 Uhr

Künstliche Intelligenz hilft Helfern – Unterstützung für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben

MODERATION

Marlies Vossebrecker, Redakteurin, Behörden Spiegel

- 10:30 **Giulio Gulotta***, Abteilungsleiter Wissenschaft und Technik, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
- 10:50 **Axel Fielen***, Vorsitzender des Vorstandes, DRK Kreisverband Städteregion Aachen e.V.
- 11:10 **Michael Messtorff***, AG-Leiter Technische Suche und Ortung, Wasserwacht-Bayern
- 11:30 **Prof. Dr. Rolf Becker***, Fakultät Kommunikation und Umwelt, Hochschule Rhein-Waal
- 11:50 **Andreas Schmidt***, Vorsitzender, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Köln-Dünnwald e.V.
- 12:10 **Pause**
- 12:30 **Abschlussdiskussionsrunde**

MODERATION

Scarlett Lüsser, Redakteurin, Behörden Spiegel
N.N.*, Referatsleiter Grundlagen und IT-Verfahren im Krisenmanagement, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe
Dirk Aschenbrenner*, Präsident, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V.
N.N.*, Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz
Dr. Monika Gähler, Leiterin Zentrum für satellitengestützte Kriseninformation, Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

*Referentin/Referent angefragt

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.
 Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon, Scarlett Lüsser. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker. Online-Redaktion: Tanja Klement.
 Redaktionsassistent: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.
 ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970
 E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.